

Niederschrift der 1. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit (6. Wahlperiode) am 29.08.2019 - öffentlicher Teil

Datum: 29.08.2019

Zeit: 17:03 Uhr –19:45 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Volkhard Maaß CDU

SPD-Fraktion

Herr Christian Hartphiel SPD

Frau Susan Jahr SPD

bis 18:46 Uhr

AfD-Fraktion

Herr Christian Bork AfD-Fraktion

Herr Torsten Hagenow AfD-Fraktion

Fraktion DIE LINKE

Herr Heiko Poppe DIE LINKE

Frau Anne-Frieda Reinke DIE LINKE

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Robert Schindler Bündnis 90/Die
Grünen

Fraktion BVB/Freie Wähler

Herr Harald Engler BVB/Freie Wähler

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler FDP

Sachkundige Einwohner

Herr Sebastian Nimsch

Frau Monika Thomas

Verwaltung

Frau Karina Dörk	Landrätin
Herr Henryk Wichmann	2. Beigeordneter
Frau Dr. Michaela Hofmann	Amtsleiterin Gesundheits- und Veterinäramt
Frau Kathleen Machmer	Jobcenter / Eingliederung
Herr Michael Steffen	Leiter Jobcenter
Frau Britt Stordeur	Amtsleiterin Amt für Kreisentwicklung, Wirtschaftliche Infrastruktur, Tourismus
Herr Marko Ulrich	Leiter Sozialamt
Frau Ute Armenat	Gleichstellungs-, Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Schriftführer

Herr Björn Franke	Büro des Kreistages
-------------------	---------------------

Gäste

Frau Anke Brockmann	Lebenshilfe Uckermark e. V.
Frau Sandra Röhl	Lebenshilfe Uckermark e. V.
Frau Tamara Gericke	Fraktion DIE LINKE
Frau Christin Lenz	
Frau Dunja Schwarz-Fink	Paritätischer LV Brandenburg
Frau Elvira Wieland	Vorsitzende Behinder-tenbeirat der Stadt Prenzlau

Abwesende Ausschussmitglieder:**CDU-Fraktion**

Herr Andreas Meyer	CDU
Herr Siegfried Schön	CDU

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Knut Büttner-Janner	BLR
--------------------------	-----

Sachkundige Einwohner

Frau Christiane Köhler

entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Poppe begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit, die sachkundigen Einwohner, die Landrätin Frau Dörk, die weiteren Mitarbeiter der Kreisverwaltung und alle Gäste.

Herr Poppe stellt fest, dass zu Beginn der Sitzung 10 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Verpflichtung der sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Herr Poppe bittet die sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit sich zur Verpflichtung zur Wahrnehmung der Aufgaben als sachkundige Einwohner des Landkreises Uckermark von ihren Plätzen zu erheben.

Herr Poppe verpflichtet die sachkundigen Einwohner gemäß § 8 Abs. 3 Hauptsatzung des Landkreises Uckermark wie folgt:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Brandenburg und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle des Landkreises zu erfüllen.“

Die Sachkundigen Einwohner sprechen anschließend: *„Ich verpflichte mich.“*

Folgende Personen wurden in der Sitzung verpflichtet:

Frau Monika Thomas und Herr Sebastian Nimsch.

zu TOP 3: Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Herr Poppe weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren nur ein Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt wurde, jedoch können auch mehrere Stellvertreter gewählt werden. Herr Poppe schlägt vor, einen Stellvertreter zu wählen.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

Da bis zur heutigen Sitzung noch keine Vorschläge für die Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit eingegangen sind, bittet Herr Poppe die Ausschussmitglieder um entsprechende Vorschläge.

Herr Poppe schlägt Herrn Regler vor.

Herr Poppe fragt Herrn Regler, ob er bereit ist, für das Amt des Stellvertreters des Vorsitzenden zu kandidieren, was von Herrn Regler bestätigt wird.

Herr Poppe stellt auf Nachfrage fest, dass es keine weiteren Vorschläge gibt.

Herr Poppe weist die Abgeordneten auf die Möglichkeit hin, die Wahl offen durchzuführen, sofern dieses beantragt wird und es hierzu einen einstimmigen Beschluss des Ausschusses gibt.

Herr Poppe stellt den Antrag, die Wahl mittels offenem Wahlbeschluss durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Herr Poppe bittet den Ausschuss, gemäß § 131 Absatz 1 in Verbindung mit § 39 Absatz 1 Satz 6 BbgKVerf den Stellvertreter des Vorsitzenden durch Handzeichen zu wählen.

„Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit wählt gemäß § 131 Absatz 1 in Verbindung mit § 40 Absätze 1-4 BbgKVerf Herrn Gerd Regler zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Damit wurde Herr Regler zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit gewählt.

Herr Poppe fragt Herrn Regler, ob er die Wahl annimmt, was von Herrn Regler bestätigt wird.

zu TOP 4: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Poppe stellt fest, dass die Tagesordnung den Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 4.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Poppe stellt einen Antrag zur Änderung der Tagesordnung. Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 13 mit dem Tagesordnungspunkt 12 zu tauschen.

Herr Poppe fragt, ob weitere Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung vorliegen.

Dies ist nicht der Fall.

Herr Poppe bittet die Mitglieder des Ausschusses über die Änderung der Tagesordnung abzustimmen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der so geänderten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Verpflichtung der sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit
3. Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit
4. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 4.1 Anträge zur Tagesordnung
5. Bestätigung der Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 07.03.2019 - öffentlicher Teil
093/2019
6. Informationen
7. Einwohnerfragestunde
8. Anfragen
 - 8.1 Neue Wege für die Gesundheit / Umbau der Krankenhäuser in den ländlichen Räumen zu ambulant-stationären Zentren - Bericht in der Märkischen Oderzeitung vom 25. Juni 2019
AF/104/2019
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach
9. Anträge
10. Benennung der künftigen Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark
BV/139/2019
11. Bericht an den Kreistag über die Arbeit der Gleichstellungs-, Behinderten- und Seniorenbeauftragten im Jahr 2018
BR/114/2019
12. Freie Wohlfahrtspflege: Familienunterstützende Dienste (FuD) im Landkreis Uckermark
BR/105/2019
13. Entwurf des "Ersten Kommunalen Bildungsberichtes des Landkreises Uckermark 2019"
BR/129/2019
14. Bericht für das erste Halbjahr 2019 und BuT-Berichterstattung
BR/132/2019
15. Berufsberatung im Jobcenter Uckermark
BR/136/2019

zu TOP 5: Bestätigung der Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 07.03.2019 - öffentlicher Teil
Vorlage: 093/2019

Herr Poppe stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 19. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 07.03.2019 - öffentlicher Teil - eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 6: Informationen

Die Landrätin gratuliert Herrn Poppe zur Erlangung des Titels des Deutschen Meisters im Bogenschießen und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

Des Weiteren informiert die Landrätin, dass am 28.08.2019 in Angermünde die Unterzeichnung des Letter of Intent stattfand, der eine engere Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen Barnim und Uckermark mit dem Staatlichen Schulamt vorsieht. Hierzu sollen auch Mitarbeiter der Kreisverwaltung am Standort Angermünde eingesetzt werden.

Die Landrätin lädt zum Landes- und Kreiserntefest in Passow ein, welches am nächsten Wochenende stattfindet.

zu TOP 7: Einwohnerfragestunde

Frau Wieland, Vorsitzende des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Prenzlau, bittet darum, dass sich der Landkreis Uckermark verstärkt den Problemen der Behinderten im Landkreis annimmt. Dies sind u. a. Probleme bei den Banken, bei der Müllentsorgung und beim Einkaufen. Die Behinderten, die im ländlichen Bereich leben, sind besonders stark betroffen.

Außerdem bittet sie darum, dass beim Bauen mehr auf die Barrierefreiheit geachtet wird.

Die Landrätin weist hinsichtlich der Müllentsorgung darauf hin, dass die Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH (UDG), Herr Hacker, von der Landrätin dafür sensibilisiert wurde, die betroffenen Mülltonnen gegen neue behindertengerechte Tonnen umzutauschen. Die Ausführungen zur Barrierefreiheit wird die Landrätin an das Bauordnungsamt weitergeben.

Herr Poppe stellt fest, dass keine weiteren Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 8: Anfragen

Herr Poppe informiert, dass eine Anfrage vorliegt.

zu TOP 8.1: Neue Wege für die Gesundheit / Umbau der Krankenhäuser in den ländlichen Räumen zu ambulant-stationären Zentren - Bericht in der Märkischen Oderzeitung vom 25. Juni 2019

Vorlage: AF/104/2019

Dr. Gerlach, Hans-Otto

Herr Poppe informiert, dass eine Anfrage vorliegt, welche bereits durch die Verwaltung mit Schreiben vom 30.07.2019 beantwortet wurde.

Herr Poppe stellt fest, dass keine weiteren Anfragen vorliegen.

zu TOP 9: Anträge

Herr Poppe teilt mit, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 10: Benennung der künftigen Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark

Vorlage: BV/139/2019

Frau Gericke stellt sich als zukünftige Integrationsbeauftragte vor.

Die Landrätin teilt mit, dass für die Stelle der/des Integrationsbeauftragten eine Person gewählt wurde, die aus dem Landkreis Uckermark stammt und gut in der Region vernetzt ist und für diese Thematik lebt.

Herr Hartphiel teilt mit, dass er bei der Besetzung der Stelle durch Frau Gericke Bedenken hat. Diese Haltung wird auch von anderen Mitgliedern der SPD-Fraktion geteilt. Er wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Engler spricht sich für die Besetzung der Stelle durch Frau Gericke aus.

Die Landrätin informiert, dass Herr Krüger als früherer Integrationsbeauftragter es sehr befürwortet, Frau Gericke für die Stelle als Integrationsbeauftragte vorzuschlagen, da er bei der bisherigen Zusammenarbeit sich immer auf die Hilfe von Frau Gericke verlassen konnte.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Mit Wirkung vom 19.09.2019 benennt der Kreistag gemäß § 16 Absatz 1 Hauptsatzung des Landkreises Uckermark (Hauptsatzung) Frau Tamara Gericke zur hauptamtlichen Beauftragten zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Integrationsbeauftragte).“

Abstimmungsergebnis: Ja: 5 Nein: 2 Enthaltungen: 3

zu TOP 11: Bericht an den Kreistag über die Arbeit der Gleichstellungs-, Behinderten- und Seniorenbeauftragten im Jahr 2018

Vorlage: BR/114/2019

Frau Armenat nimmt Bezug auf die Äußerungen von Frau Wieland im TOP 7 und informiert, dass sie als Behindertenbeauftragte die Akten des Bauordnungsamtes zu bestimmten Vorhaben zur Verfügung gestellt bekommt, um die Baupläne auf Barrierefreiheit zu überprüfen. Jedoch erfolgt keine nochmalige Prüfung, ob diese schlussendlich beim Bau gewährleistet wurde.

Bezüglich der Müllentsorgung regt Frau Armenat an, dass diese Problematik verstärkt durch den Landkreis verfolgt wird.

Herr Regler merkt an, dass das Paritätsgesetz im Wahlrecht nicht wirklich umsetzbar ist, da zum Teil die Frauen nicht zur Wahl antreten wollen.

Frau Armenat informiert, dass in Vereinen die Frauen sehr aktiv vertreten sind, dies jedoch nicht für die Politik gilt. Sie befürwortet das Paritätsgesetz, auch wenn sie es nicht für perfekt hält.

Herr Engler merkt an, dass möglicherweise der Mut bei vielen Frauen einfach noch fehlt, den Schritt in die Politik zu wagen.

Er fragt nach konkreten Zahlen zu Nachbarschaftsstreitigkeiten, wo behinderte Menschen oder deren Familien involviert waren.

Frau Armenat nennt einen Fall, wo es nicht zum Verfahren gekommen ist, jedoch beschwerten sich in diesem Fall die Nachbarn zwecks Lärmbelästigung, da das behinderte Kind öfter lauter war. Es wurde in diesem Fall zwischen den Parteien vermittelt.

Frau Armenat bittet abschließend die Fraktionen, einen Ansprechpartner für die Unterstützung und Organisation von Seniorenfahrten zu benennen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht der Gleichstellungs- und Seniorenbeauftragten und Beauftragten zur Integration von Menschen mit Behinderung für das Jahr 2018 zur Kenntnis.

zu TOP 12: Freie Wohlfahrtspflege: Familienunterstützende Dienste (FuD) im Landkreis Uckermark

Vorlage: BR/105/2019

Herr Ulrich informiert kurz über das Thema der Familienunterstützenden Dienste (FuD) im Landkreis Uckermark. Der Landkreis Uckermark unterstützt im Rahmen der Richtlinie über die Förderung der freien Wohlfahrtspflege finanziell den Lebenshilfe Uckermark e. V. an den Standorten Schwedt, Angermünde und Templin sowie den DRK-Kreisverband Uckermark West/Oberbarnim e. V. am Standort Prenzlau, die diese Leistung anbieten.

Frau Röhl, Mitarbeiterin des Lebenshilfe Uckermark e.V., informiert über die Familienunterstützende Dienste (FuD) im Landkreis Uckermark am Beispiel des Lebenshilfe Uckermark e. V. anhand einer PowerPoint-Präsentation. Diese ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Herr Engler fragt nach der Anzahl der Mitarbeiter bei dem Lebenshilfe Uckermark e. V. an den drei Standorten, die mit den Familienunterstützenden Diensten befasst sind.

Frau Röhl informiert, dass in Angermünde und Templin jeweils zwei und am Standort Schwedt drei Mitarbeiter eingesetzt sind. Bei Bedarf springen auch Mitarbeiter aus anderen Bereichen ein und unterstützen die Kollegen vor Ort.

Frau Thomas erkundigt sich nach den Qualifikationen der Mitarbeiter.

Frau Röhl informiert, dass die Mitarbeiter die Qualifikation des Heilerziehungspfleger, des Erziehers, des Heilpädagogen oder des Sozialpädagogen besitzen. Darüber hinaus nehmen die Mitarbeiter regelmäßig an Schulungen teil.

Herr Poppe fragt, wie schwer es ist, Fachkräfte zu finden.

Frau Röhl merkt an, dass es schwierig ist, Fachkräfte zu finden, die nicht nur fachlich sondern auch menschlich für diese Tätigkeit geeignet sind.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

zu TOP 13: Entwurf des "Ersten Kommunalen Bildungsberichtes des Landkreises Uckermark 2019"

Vorlage: BR/129/2019

Frau Stordeur erörtert den Stand der Erarbeitung des ersten Kommunalen Bildungsberichtes des Landkreises Uckermark 2019 anhand einer PowerPoint-Präsentation. Diese ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Frau Stordeur teilt mit, dass bis zum 30.09.2019 noch Hinweise, Anregungen etc. zum Bildungsbericht an das Amt für Kreisentwicklung, Wirtschaftliche Infrastruktur, Tourismus gesendet werden können, um in den Bericht mitaufgenommen zu werden.

Herr Nimsch merkt an, dass im Landkreis Uckermark lediglich 34 Berufe ausgebildet werden, jedoch derzeit 327 anerkannte Ausbildungsberufe existieren. Er fragt, ob diese Problematik im Bildungsbericht thematisiert werden könnte.

Frau Stordeur merkt an, dass eine Diskussion zu dieser Problematik in Absprache und Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt und diversen Kammern erfolgen müsste und dies einen längeren und aufwendigen Prozess darstellen würde.

Frau Thomas merkt an, dass die frühkindliche Bildung besonders stark ins Auge zu fassen ist.

Die Landrätin merkt an, dass der Landkreis an Möglichkeiten arbeitet, um sich in der frühkindlichen Bildung stärker zu engagieren. Gemeinsam mit den Trägern sollen Qualitätsstandards erarbeitet und die finanzielle Unterstützung durch den Landkreis geklärt werden.

Herr Wichmann informiert, dass die Bildungsoffensive bereits Antworten auf einige der im Bildungsbericht angesprochenen Problemlagen liefert. Bildung liegt grundsätzlich in der Zuständigkeit der Bundesländer. Der Landkreis Uckermark ist daher grundsätzlich nicht zuständig. Jedoch haben viele Kinder und Jugendliche zusätzlich zum normalen Bildungsangebot der Kitas und Schulen weitergehenden Hilfe- und Unterstützungsbedarf. Der Landkreis hat hier die Möglichkeit, Kindern, die Probleme in der Schule haben, zu unterstützen. Außerdem soll durch das Bildungsamt das Thema Bildung gebündelt werden. Dieses soll eine Außenstelle in Angermünde erhalten. Die Kitas sollen durch den Landkreis unterstützt werden, indem sie bei Bedarf speziell geschultes Personal erhalten. Im Rahmen der Bildungsoffensive soll ein Bildungsmonitoring aufgebaut werden, so wie es im Landkreis Barnim bereits vorzufinden ist.

(Frau Jahr geht um 18:46 Uhr.)

Herr Regler ist der Ansicht, dass sich die angesprochenen Probleme, die schon seit Jahren existieren, trotz vieler Offensiven und Richtlinien stetig verschlimmert haben.

Eventuell sollten Ansätze zur Ausgestaltung der Bildungslandschaft aus dem Bildungssystem der ehemaligen DDR angewendet werden.

Die Landrätin informiert, dass in der DDR die Kita ein Teil des Bildungssystems war während sie jetzt Teil der Jugendhilfe ist. Die damaligen Verhältnisse, auch hinsichtlich des Alltages in den Kitas, sind mit den heutigen Gegebenheiten nicht mehr zu vergleichen.

Herr Schindler fragt, ob der Start mit der Bildungsoffensive ohne vorherige Beschlussfassung über den Bildungsbericht nicht widersprüchlich und bedeutungslos ist.

Herr Wichmann informiert, dass die Bildungsoffensive die Antwort auf die Zahlen, Daten und Fakten des Bildungsberichtes darstellt. Die Zahlen sind nicht abhängig von der Beschlussfassung des Bildungsberichtes, da die Daten über viele Jahre erhoben wurden. Die Handlungsvorschläge, die sich aus dem Bildungsbericht ergeben, werden durch die Bildungsoffensive dargestellt.

Die Landrätin merkt an, dass die vorliegende Berichtsvorlage zur Bildungsoffensive die grobe Richtung darstellt und die konkreten Einzelmaßnahmen, die auf den Weg gebracht werden, einzeln diskutiert und beschlossen werden müssen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Entwurf des „Ersten Kommunalen Bildungsberichtes des Landkreises Uckermark 2019“ in erster Lesung zur Kenntnis.

zu TOP 14: Bericht für das erste Halbjahr 2019 und BuT-Berichterstattung Vorlage: BR/132/2019

Herr Steffen informiert, dass der Bericht einen Überblick über die Ergebnisse des ersten Halbjahres 2019 sowie zu den beanspruchten finanziellen Mitteln im Bereich Bildungs- und Teilhabepaket gibt.

Herr Bork fragt, ob die im Bericht aufgeführte Zahl der 10.615 Arbeitslosen auch sämtliche Leistungsberechtigte umfasst, die derzeit eine Maßnahme, wie ein 1-Euro-Job, wahrnehmen.

Herr Steffen merkt an, dass diese Leistungsberechtigten auch umfasst sind, aber während der Wahrnehmung der Maßnahmen nicht als Arbeitslose gelten.

Herr Engler fragt, wie lange Maßnahmen, wie 1-€-Jobs, noch durchgeführt werden sollen. Er merkt an, dass es eventuell sinnvoller und effektiver ist, in die Richtung der Bürgerarbeit zu gehen.

Herr Wichmann spricht sich für die Bürgerarbeit aus, um Menschen schneller dazu zu bewegen einer sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen. Jedoch sind der Landkreis und das Jobcenter an enge bundesrechtliche Vorgaben gebunden. Möglicherweise lässt sich jedoch ein Modellprojekt starten, das keine 1-€-Jobs, sondern alternative Beschäftigungen für Langzeitarbeitslose ermöglicht.

Herr Bork fragt, ob der Landkreis Einfluss auf die Verteilung der 1-€-Jobber in den einzelnen Ortsteilen hat.

Herr Steffen informiert, dass bezüglich des Einsatzes der 1-€-Jobber stets eine Abstimmung mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren stattfindet. Es wird geprüft, wo der größte Bedarf besteht. Danach richtet sich dann die Verteilung.

Herr Schindler nimmt Bezug auf die Seite 9 im Bericht und merkt an, dass noch einmal zu betonen ist, dass die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, signifikant gesunken ist.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu TOP 15: Berufsberatung im Jobcenter Uckermark

Vorlage: BR/136/2019

Frau Machmer stellt die Berufsberatung im Jobcenter Uckermark anhand einer PowerPoint-Präsentation vor, die der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt ist.

Herr Hartphiel fragt, ob die Berufsberatung vielleicht auch an den Gymnasien ausgebaut werden könnte. Er erkundigt sich, wie dort die Erfahrungen sind.

Frau Machmer führt aus, dass bisher Schulen im Vordergrund standen, die von Kindern aus SGB-II-Bedarfsgemeinschaften besucht werden. Man könnte darüber nachdenken, wie die Berufsberatung an Gymnasien noch besser installiert werden kann.

Herr Engler fragt, wie lange junge Menschen über 25 Jahren durch das Jobcenter betreut werden.

Frau Machmer informiert, dass die jungen Menschen mit Vollendung des 25. Lebensjahres in einem anderen Bereich angesiedelt werden, jedoch findet dort die gleiche individuelle Betreuung statt wie im Bereich für Menschen unter 25 Jahren. Es ändern sich jedoch die Maßnahmen für die Betroffenen.

Herr Regler spricht sich gegen die Berufsberatung an Gymnasien aus.

Herr Steffen teilt mit, dass er Gesprächsangebote für die Mitglieder des Ausschusses versenden möchte, um das Spektrum der Arbeitslosenförderungsmaßnahmen aufzuzeigen.

Herr Nimsch spricht sich für die Berufsberatung an Gymnasien aus. Er fragt, ob es in der Berufsberatung Tests gibt, die die Interessen der Schulabgänger rausfiltern, um passende Berufe aufzuzeigen.

Frau Machmer informiert, dass verschiedene Messverfahren zum Einsatz kommen, je nachdem, wie die kognitiven Fähigkeiten bei den Jugendlichen ausgeprägt sind.

Herr Wichmann merkt an, dass ihm regelmäßig Rückmeldungen von den Mitarbeitern gegeben werden, wie die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen abläuft, um noch bessere Wege zu finden, die Jugendlichen in Arbeit zu vermitteln.

Frau Reinke regt an, die Zahl der Schulabbrecher an den Gymnasien zu erheben, Sie betont die Notwendigkeit von Berufs- und Studienberatung an Gymnasien.

Herr Regler fragt, ob das Jobcenter nicht ausschließlich für die Leistungsberechtigten nach dem SGB II zuständig ist, da für die Schulen eher die Arbeitsagenturen Ansprechpartner sind.

Herr Poppe merkt an, dass das Jobcenter für die Kinder zuständig ist, deren Eltern Leistungen nach dem SGB II beziehen.

Herr Steffen teilt abschließend mit, dass es aus seiner Sicht nicht an Angeboten von Eignungstests für die Jugendlichen mangelt und die Jugendlichen selbst Initiative ergreifen müssen, um herauszufinden, in welche Richtung sie ihren beruflichen Werdegang lenken wollen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht des Jobcenters Uckermark zur Berufsberatung zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen:

gez. Heiko Poppe
Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Björn Franke
Schriftführer